

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth),
Dr. Karlheinz Gutmacher, Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5666 –**

Eisenbahnpolitische Reformschritte zügig einleiten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Entschließungsantrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Ankündigung der Bundesregierung, die Wettbewerbsbedingungen auf der Schiene verbessern zu wollen, begrüßen soll, er eine Politik ablehnen soll, welche die DB AG dauerhaft subventioniert, und er sich dafür aussprechen soll, den Zugang zum Schienennetz für alle Schienenverkehrsunternehmen zu ermöglichen, wozu vor allem die Unabhängigkeit des Netzes gesichert werden müsse. Die Trennung von Schienennetz und Schienenbetrieb soll nach dem Antrag unverzüglich eingeleitet werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5666 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5666.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/5666 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Helmut Wilhelm (Amberg)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Helmut Wilhelm (Amberg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/5666 in seiner 161. Sitzung am 29. März 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der zum Ziel hat, dass der Deutsche Bundestag die Ankündigung der Bundesregierung begrüßen soll, die Wettbewerbsbedingungen auf der Schiene verbessern zu wollen, um den Verkehrsanteil der Schiene zu erhöhen. Dieses Ziel könne nur durch einen produktiven und fairen Wettbewerb erreicht werden. Der Deutsche Bundestag soll nach dem Antrag eine Politik der dauerhaften Subventionierung der DB AG ablehnen und sich dafür aussprechen, den Zugang zum Schienennetz für alle Schienenverkehrsunternehmen zu ermöglichen. Dazu müsse vor allem die Unabhängigkeit des Netzes gesichert werden. Der Prozess der Trennung von Schienennetz und Schienenbetrieb sei unverzüglich einzuleiten, um endlich eine Kundenorientierung des Schienenverkehrs zu begründen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 9. Mai 2001 beschlossen, auf eine Stellungnahme zu verzichten, da für ihn keine Zuständigkeit ersichtlich sei. Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/5666 in seiner Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 beraten und in seiner 58. Sitzung am 16. Mai 2001 abschließend beraten.

Er hat den Antrag auf Drucksache 14/5666 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, im Gegensatz zur Fraktion der F.D.P. wolle die Regierungskoalition nicht den Wettbewerb aus ideologischen Gründen auf jeden Fall, sondern es solle geprüft werden, in welcher Organisationsstruktur das Ziel „Mehr Verkehr auf die Schiene“ erreicht werden könne. Dazu unterstütze man das Vorhaben der Bundesregierung, dies durch eine Task Force überprüfen zu lassen. Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat in der Sitzung am 16. Mai 2001 zu einem anderen Beratungsgegenstand mit gleicher Thematik die Auffassung, dass es mehr Wettbewerb auf der Schiene geben müsse. Ohne eine Trennung von Netz und Betrieb werde die Schiene nicht in der Lage sein, im Wettbewerb mithalten. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, man begrüße es, dass die Frage der Organisationsformen für die Unabhängigkeit des Netzes durch eine Task Force geprüft werden solle. Sie sprach sich in der Sitzung am 16. Mai 2001 zu einem anderen Beratungsgegenstand mit gleicher Thematik für die Trennung von Netz und Betrieb aus, weil der heutige Zustand wettbewerbsfeindlich sei. Die **Fraktion der F.D.P.** bezweifelte die Unabhängigkeit der Task Force, wenn man deren Besetzung betrachte. Solange die DB Netz AG bei der DB AG verbleibe, könne die Bahnreform nicht gelingen. Wenn die Fraktion der SPD den Antrag ablehne, lehne sie auch die mit dem Antrag übereinstimmende Rede von Bundesminister Bodewig auf dem Parteitag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Die **Fraktion der PDS** vertrat in der Sitzung am 16. Mai 2001 zu einem anderen Beratungsgegenstand mit gleicher Thematik die Auffassung, dass das Netz unabhängig sein müsse. Sie halte dies aber nicht für ein Allheilmittel. Wenn daran nicht konkrete Bedingungen geknüpft würden, wie die Verstärkung der Investitionsmittel, der Trassenerhalt und die Festlegung niedriger Trassenpreise für alle Anbieter, werde man keine positiven Ergebnisse erreichen.

Berlin, den 18. Juni 2001

Helmut Wilhelm (Amberg)
Berichtersteller

